Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Kuhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das **Kgl. Amtsgericht** und den **Stadtrat** zu **Lichtenstein**

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

60. Jahrgang.

Nr 222. Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — Sonnabend, den 24. September — Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — 1910

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwickauer Straße Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamezeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr 7. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das Wichtigste

* Der Kaiser wohnte gestern in Sigmaringen der Enthüllung des Denkmals des Fürsten Leopold bei.

* Fürst Radolin hat dem Präsidenten der Republik sein Abberufungsschreiben überreicht und die Geschäfte der Botschaft übergeben.

* Die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins hat die große Liebesgabe im Betrage von 22 304 Mark der Gemeinde Hüningen i. Els. zugewendet.

* Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, vom 8. Oktober ab 60 Prozent seiner Arbeiter, etwa 420 000, auszusperren.

* In Dresden wurde gestern nachmittag eine ledige Frauensperson namens Donath in ihrer Wohnung, Kamenzer Straße 14, ermordet aufgefunden. Der Mörder soll ihr ehemaliger Geliebter sein.

* Der österreichische Ministerpräsident beglückwünschte den Statthalter und den Landesmarschall von Böhmen zu den Ergebnissen der deutsch-tschechischen Verständigungskonferenz. — Der böhmische Landtag ist zum 30. September einberufen worden.

* In der Ortschaft Kalthof, am linken Ufer der Nogat gegenüber Marienburg (Provinz Westpreußen), sind seit 8 Tagen keine neuen Erkrankungen an Cholera vorgekommen. Der Choleraausbruch kann als erloschen angesehen werden.

Die Abstimmung in Magdeburg.

Die Abstimmung über die verschiedenen Resolutionen betreffend die Bewilligung des Budgets, erfolgte am Mittwoch abend so spät, daß ihr Ergebnis nur in einem Teile der Auflage veröffentlicht werden konnte. Wir tragen daher das Ergebnis hier nach bezw. ergänzen es nach den im Laufe des gestrigen Vormittags eingetroffenen Meldungen. Die Abstimmung erfolgte namentlich. Der Teil der Resolution des Parteivorstandes, der die Beschlüsse von Dresden, Lübeck und Nürnberg bestätigt und von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche, wie in den Einzelstaaten fordert, wurde mit 266 gegen 196 Stimmen angenommen. Der zweite Absatz der Resolution des Parteivorstandes, der in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags einen groben Disziplinbruch erblickt und den badischen Genossen die allerschärfste Mißbilligung ausspricht, wurde mit 301 gegen 71 Stimmen angenommen. In der Gesamtabstimmung gelangte die Resolution des Parteivorstandes mit 289 gegen 80 Stimmen zur Annahme. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit stürmischen Beifallskundgebungen der Mehrheit aufgenommen.

Damit wäre die Sache erledigt gewesen, aber sie fand noch ein lebhaftes Nachspiel infolge des Umstandes, daß der badische Abgeordnete Frank in seinem Schlußwort gesagt hatte, daß keiner von den Seinen erklären könne, was bei den Budgetabstimmungen im nächsten Jahre geschehen werde. Unter Berufung auf diese Worte brachte der Abgeordnete Zubeil eine neue Resolution ein, die folgenden Wortlaut hatte:

„Angesichts der Erklärung des Genossen Frank in seinem Schlußwort, daß er sich und seinen Freunden die Stellungnahme zu dem Beschluß des Parteitages vorbehalten müsse, beantragen wir folgenden Zusatz zur Erklärung, die Genosse Bebel im Auftrag des Parteivorstandes abgegeben hat, zum Beschluß zu erheben: Wir sind der Meinung, daß, falls die Resolution des Parteivorstandes angenommen wird und abermals eine Mißachtung der Resolution vorkommt, alsdann die Vorschriften des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatutes gegeben sind."

Vergeblich wandten die Badener sich gegen den Plan, über diesen Zusatzantrag Zubeil alsbald abzustimmen. Als die Abstimmung jedoch gegen den Widerspruch des Vorsitzenden beschlossen wurde, verließen die Süddeutschen den Saal. Nach längerer Beratung wurde schließlich auch der Zusatzantrag Zubeil mit 223 gegen 64 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsresultat wurde von der radikalen Mehrheit mit stürmischem Beifall begrüßt. Bemerkenswert ist, daß Bebel der Abstimmung nicht beiwohnte; auch die Süddeutschen, die sich überrumpelt sahen, verließen den Saal und mit ihnen viel norddeutsche Revisionisten. Durch die Annahme des Zusatzantrages Zubeil bedarf es bei künftigen Disziplinbrüchen gar keiner weiteren Beratung mehr, sondern die Widerspenstigen sind nach dem Wortlaut des Organisationsstatuts sofort als ausgeschlossen zu betrachten. Das bedeutet einen vollständigen Sieg der antirevisionistischen Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Partei.

Der Abgeordnete Fischer (Berlin) und andere Verständige gaben sich redlich Mühe, das Unheil abzuwenden, aber der „Elan" der Ledebour'schen Schwadronen war nicht zu brechen. Der Beschluß hat das herbeigeführt, was mit den süddeutschen Genossen auch der Parteivorstand unter allen Umständen vermieden sehen wollte, eine Demütigung der Badenser und ihrer Freunde. Was seine nächsten Folgen sein werden, läßt sich heute natürlich noch nicht absehen; vielleicht gelingt es dem Parteivorstande, den Riß doch noch einmal zu verkleistern. Am Donnerstag kam die Versammlung nicht auf den stürmisch verlaufenen Vorabend zurück; und der Abg. Dr. Frank selbst meint: Er fürchte keinen Augenblick eine Trennung der Partei, etwa in einen nord- und süddeutschen Flügel. Daran dächten selbst die extremsten Elemente in beiden Lagern keinen Moment. Der Vorgang würde keine direkten Folgen haben. Er war vielmehr nur eine Ausgeburt der Übermündung und der Leidenschaften, die bei der Mehrheit herrschten. Das mögen sich alle diejenigen merken, die bereits von einem Zerfall der sozialdemokratischen Partei redeten.

Deutsches Reich

Dresden. (Eine sächsische Handwerks-Ausstellung.) Der sächsische Innungsausschuß hat beschlossen, vom Juli bis September 1914 eine allgemeine sächsische Handwerks-Ausstellung in Dresden zu veranstalten. Ausgestellt sollen werden: Materialien, Verarbeitung des Materials, Maschinen fertige Erzeugnisse, Proben des Ausbildungsganges der Lehrlinge, Statistisches usw. Die Industrie ist, soweit sie als Lieferantin für das Handwerk in Frage kommt, zur Ausstellung zugelassen

Berlin. (Gerüchte einer Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise), der Tochter des Kaiserpaares, mit dem Erzherzog Karl Franz, dem ältesten Sohne des verstorbenen Erzherzogs Otto von Österreich, waren am Mittwoch in Budapest verbreitet. Man erzählte sich, daß Kaiser Wilhelm die bestehenden konfessionellen Schwierigkeiten beseitigt habe. Diese Nachricht ist, wie das „Berl. Tagebl." erfährt, gänzlich unbegründet. Das gleiche Gerücht tauchte, wie erinnerlich, bereits vor zwei Jahren auf und wurde damals amtlich dementiert. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Prinzessin sich niemals dazu verstehen würde, zum Katholizismus überzutreten. Auch die seinerzeit verbreitete Meldung, daß die Tochter des Kaisers einem englischen Prinzen die Hand reichen werde, ist sofort dementiert worden.

— (Zum elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf.) Bezüglich des elsaß-lothringischen Verfassungsentwurfes stellt die „Straßburger Post" fest, daß der Entwurf in den nächsten Tagen an das preußische Staatsministerium geht und daß sich bis jetzt kein Anhalt dafür geboten hat, daß dort erhebliche Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden. Sobald durch die Entscheidung des Staatsministeriums die Stellung Preußens klargelegt ist, wird der Entwurf an die einzelnen Bundesstaaten überwiesen. In der Zwischenzeit dürfte Staatssekretär Delbrück noch mit den Vertretern einzelner Reichstagsfraktionen, die bei den bisherigen Besprechungen nicht vertreten waren, Rücksprache nehmen.

— (Vorläufige Sühne wegen der Ermordung eines Deutschen in Haifa.) Aus Haifa wird der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft gemeldet: Gerichtspräsident Kenan, dem vorgeworfen wurde, in der strafrechtlichen Untersuchung wegen der Ermordung des Deutschen Unger wiederholt in fremdenfeindlicher Tendenz eingegriffen zu haben, ist auf des Betreiben der deutschen Botschaft in Konstantinopel nunmehr von der türkischen Regierung abberufen worden. Die Nachricht erweckte bei den hiesigen Deutschen große Befriedigung.

— (Der neue Reichshaushaltsetat.) Das Ergebnis der vielstündigen Besprechung des Reichskanzlers mit seinen Ministerkollegen und den Staatssekretären, insbesondere dem Reichsschatzsekretär, ist, wie der „B. L.-A." aus zuverlässiger Quelle meldet, daß von dem Versuche, neue Reichssteuern aufzutreiben, mindestens vor den Reichstagswahlen des nächsten Herbstes Abstand genommen wird. Man wird mit größtmöglicher Sparsamkeit auszukommen suchen. Die Vorarbeiten zur Aufstellung des nächsten Reichshaushaltsetats sind, wie entgegen anderslautenden Meldungen mitgeteilt wird, noch keineswegs abgeschlossen. Es läßt sich also gegenwärtig die Gestaltung des neuen Etats noch nicht mit Sicherheit übersehen, geschweige denn die Höhe des Fehlbetrages angeben. Das Bestreben des Reichsschatzamtes geht jedenfalls nach wie vor dahin, eine Balancierung des Etats herbeizuführen. Ob dies möglich sein wird, ist ja allerdings höchst fraglich. Für schlechthin unmöglich hält man es aber im Reichsschatzamt noch immer nicht. Sicher ist also vorderhand nur soviel, neue Reichssteuervorlagen sind bis auf weiteres nicht zu erwarten, ja, nahezu ausgeschlossen.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 23. September 1910.

*— **Die Wettervorhersage** für morgen lautet: Südwestwind, zeitweise aufheiternd, kühl, Niederschlag wahrscheinlich.

*— **Ein „unheimliches Wetter"** ist uns in diesen Tagen beschert. Während es in Schlesien und Bayern lustig schneit, kommen wir aus dem Regen und dem Nebel nicht heraus. Das Thermometer zeigt andauernd zwischen 9 und 10 Grad über Null, daheim brennt ein lustiges Feuer im Ofen — und doch ist heute erst Herbst-Anfang!

*— **Der Bezirkslehrerverein zu Lichtenstein** hielt am 21. September seine 1. Konferenz im Jubeljahre ab. Nach Erledigung verschiedener Eingänge nahm die Konferenz Stellung zur Rede des Herrn Kultusministers Dr. Beck vom 7. Juli d. J. und trat der vom Bruderverein Dresden-Stadt gefaßten Resolution (siehe unten!) einstimmig bei. In lebhafter Debatte verbreitete sich dann die Konferenz über die Beratungsstoffe der nächsten Vertreterversammlung in Dresden unter besonderer Hervorhebung folgender Punkte: Innere Ausgestaltung der Volksschule. Jugendfürsorge. Fürsorge für das nachschulpflichtige Alter. Fürsorge für Schwachsinnige. Selbstverwaltung, Schulstrafen, Listen- und Zensurwesen. Nach Festlegung der nächsten Konferenz auf den 22. Oktober wurde ¾7 Uhr die Sitzung geschlossen.

*— **Der Dresdner Lehrerverein** hat in Sachen des Religions-Unterrichts folgende Entschließung gefaßt:

Se. Exzellenz der Herr Kultusminister Dr. Beck hat sich am 7. Juli d. J. laut Veröffentlichung im Dresdner Journal über die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts geäußert. Seine Ansichten weichen von denen der sächsischen Lehrerschaft bedeutend ab.

Der Dresdner Lehrerverein ist nach wie vor der Überzeugung, daß bei der notwendigen Neugestaltung des Religionsunterrichts nicht nur die Bedürfnisse eines kleinen Teils der Bevölkerung berücksichtigt werden dürfen. Vielmehr erheischen da-

SLUB
Wir führen Wissen.